

In zwei Jahren soll die Kommunal-Ehe perfekt sein

Montagabend beschloss Judenbachs Gemeinderat den Zusammenschluss mit den Unterland-Gemeinden Föritz und Neuhaus-Schierschnitz.

Von Stefan Löffler

Judenbach – In der letzten Sitzung des Judenbacher Gemeinderates in diesem Jahr wurde Montag einer der richtungsweisendsten Beschlüsse in der Nachwende-Geschichte Judenbachs gefasst: Man beschloss die Auflösung der Gemeinde und ihre Fusion mit Föritz und Neuhaus-Schierschnitz zum 1. Januar 2018.

Der Abstimmung waren nochmalige Erläuterungen von Bürgermeister Albrecht Morgenroth (CDU) zur bisherigen Entwicklung sowie eine nochmalige Diskussion des Themas vorangegangen. Er verwies darauf, dass bereits am 22. September 2014 eine Willenserklärung des Gemeinderates für eine solche Fusion erfolgt ist. Genau ein Jahr später habe die Landesregierung das schon lang angekündigte kommunale Leitbild beschlossen. Dieses sieht vor, dass die künftigen Gemeindegebilde mindestens 6000 Einwohner zählen müssen. Da man vorausschauend plant, sind hierbei bereits die demografischen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte zu berücksichtigen – sprich: der auf zehn bis 15 Prozent bezifferte Einwohnenschwund bis 2035. Das bedeutet: Wenn man zur Fusion 2018 die Bedingungen noch erfüllen will, sollte man jetzt schon mindestens 7000 Einwohner haben. Judenbach, Föritz und Neuhaus-Schierschnitz zählen zurzeit – zusammengekommen – rund 8900.

Morgenroth wies darauf hin, dass nach der Neu-Positionierung zur Gemeindefusion aus Erfurt bei Zusammenschlüssen keine Pro-Kopf-Prämien mehr fließen, sondern es in sol-

chen Fällen künftig stattdessen wohl für die Kommunen gewisse Schuldenschnitte geben soll.

Zur Problematik Gemeindefusion gab es am 13. Oktober ein Treffen mit dem ehemaligen Thüringer Wirtschaftsminister Uwe Höhn (SPD), welches am 19. Oktober in Neuhaus-Schierschnitz gemeinsam ausgewertet wurde. Ebenfalls dort trafen sich am 27. Oktober Fraktionsvorsitzende und deren Stellvertreter aus allen drei Gemeinderäten – ohne Bürgermeister – zu einer gemeinsamen Sitzung. Im Judenbacher Gemeinderat vom Montag kritisierte



Joachim Fleischmann.

Joachim Fleischmann (Gemeinsame Fraktion Die Linke / Bürgerinitiative Jagdshof / Freie Wähler) allerdings, dass er in besagter Runde der einzige Vertreter Judenbachs gewesen sei. Die Spitze der stärksten Fraktion im Judenbacher Gemeinderat (CDU) hätte dort durch Abwesenheit gegläntzt. Jedenfalls habe sich in besagter Sitzung klar herauskristallisiert, dass man in allen Ratsfraktionen und in allen drei Kommunen gewillt ist, die Fusion zum 1. Januar 2018 anzustreben. Die Ratssitzungen, auf denen die Föritzer und die Neuhaus-Schierschnitzer entsprechende Beschlüsse fassen, stehen in Kürze an.

„Bedenken nach wie vor“ wegen der angestrebten Fusion, vor allem aber wegen der Art und Weise der Entscheidungsfindung für diese, äußerte Abgeordneter Martin Rupp (CDU): „Dies ist nicht mein Verständnis von Demokratie“, beklagte er. Man habe die Bürger dabei zu we-

nig mit ins Boot genommen und stattdessen intern „Entscheidungen nach Gutsherren-Art“ getroffen. Dies wollte Abgeordneter Fleischmann nicht so stehen lassen: „Hier von ‚Gutsherren-Art‘ zu reden, ist für mich eine Missachtung der langjährigen kommunalpolitischen Arbeit aller hier im Raum“. Keiner sei hier ein Gutsherr. Jeder Abgeordneter sei schließlich

von den Bürgern demokratisch und als Entscheidungsträger gewählt worden. Bürgermeister Morgenroth verwies hingegen auf die vielfachen Veröffentlichungen zum Thema im Amtsblatt der Gemeinde und in der Tageszeitung. Auch der anstehende Fusionsbeschluss war mehrfach angekündigt worden. Dennoch sei niemand in den Bürgerfragestunden erschienen, um sich zu positionieren oder Fragen hierzu zu stellen.

Martin Rupp.

Darauf beantragte Rupp die Aussetzung des Fusionsbeschlusses, da er mit diesem „das Pferd von hinten aufgezäumt“ sieht. Zuerst beschließe man die Fusion und dann handle man einen konkreten Vertrag aus. Das sei ja wie „die Katze im Sack kaufen“. Judenbachs Hauptamtsleiter Wolfgang Scheler hingegen charakterisierte dies als „die normale Vorgehensweise“. Erst signalisiere man Zustimmung, dann handle man die konkreten Sachen aus und unterzeichne schließlich einen Fusionsvertrag – oder auch nicht. Nachdem Rups Antrag – mit 13 Nein- gegen dessen Ja-Stimme – abgeschmettert worden war, gestaltete sich die Abstimmung über den Fusionsbeschluss ähnlich: Während Rupp als Einziger dagegen stimmte, wurde die Fusion mit 13 Ja-Stimmen beschlossen.

Kommentar

Kein Selbstläufer

Von Andreas Beer

Sich beim Arbeitgeber, also beim Wähler und Steuerbürger, doch noch ein Machtwort abzuholen zur wichtigsten Zukunftsfrage der Gemeinde, man mag es den beteiligten Bürgermeistern nur wärmstens ans Herz legen. Die Kommunalordnung empfiehlt Bürgerbefragungen zu Gebietsreformen geradezu. Und in der jüngsten Vergangenheit fuhr man im Landkreis Sonneberg auch ganz gut damit. In Steinheid und Scheibe-Alsbach ging der Beitritt zu Neuhaus am Rennweg geradezu geräuschlos über die Bühne. Dort, wo die Kommunal-Ehen hingegen umstritten waren, in Frankenblick oder Oberland am Rennsteig, ließen sich die erhitzten Gemüter mit Blick

aufs Ergebnis einigermaßen befrieden. Nur in Steinach und Lauscha im Jahr 2007, wo die geforderte Befragung von den Bürgermeistern verneint wurde, konnte das Land unter Verweis auf den unklaren Bürgerwillen die schon ausgewürfelte Heirat absagen. Da Vertreter der Landesregierung zuletzt überdies klargestellt haben, dass eine Bildung von Kragengemeinden, also Abwehruzusammenschlüssen gegen größere Städte, nicht mehr geduldet wird, gilt es umso mehr, sich rückzuversichern. Das Dreiergestirn aus Judenbach, Föritz und Neuhaus-Schierschnitz ist nach meiner Meinung jedenfalls kein Selbstläufer im Gesetzgebungsverfahren. Das „Grüne Licht“ vom Bürger sollte man daher auf seiner Seite haben.